

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 5

Artikel: Weit entfernt vom Weltfrieden, ja auch nur vom Frieden in Europa

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

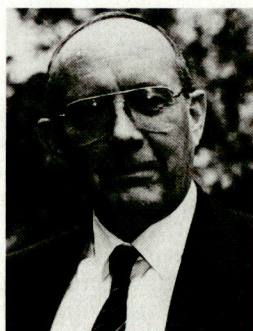
Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weit entfernt vom Weltfrieden, ja auch nur vom Frieden in Europa

Dominique Brunner

An die Stelle ausgeprägter Stabilität im Zeichen der Konfrontation und kontinuierlicher Aufrüstung – massloser im sowjetischen Bereich, durchaus kontrollierter, aber eben auch beträchtlicher im Lager der kapitalistisch orientierten Demokratien – ist keine institutionell untermauerte, Dauer versprechende «europäische Friedensordnung» getreten. Was innerhalb kurzer Frist ab dem Zerfall der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa, alsdann dem Zerfall der Sowjetunion selbst geschehen ist, ist der Rückfall in Zustände, wie sie in Europa wohl immer herrschten, wenn und wo keine Hegemonialmächte, die man früher Reiche nannte, bestanden: Das Überhandnehmen von Partikularismen, politische Zersplitterung, wider alle wirtschaftliche Vernunft, Aufruhr und stellenweise Krieg.



Dominique Brunner,
Direktor und Vorsitzender
der Geschäftsleitung
Dr. Rudolf Farner,
Public Relations Agentur;
Publizist;
Oberst i Gst, eingeteilt
im Armeestab.

Langfristige Überlegungen zur Sicherheitspolitik interessieren wohl nur noch Fachkreise im engeren Sinn und diejenigen Politiker und Beamten, die über die eigene Nasenspitze hinauszudenken in der Lage sind.

Bei allem Entsetzen über die seit Sommer 1991 andauernden blutigen Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien bleibt man angesichts dieser grundlegenden Veränderung der sicherheitspolitisch-strategischen Gegebenheiten im europäischen, demokratisch regierten und wirtschaftlich vergleichsweise prosperierenden Europa im Grunde gelassen. Die Militärbudgets sinken, die Aufmerksamkeit gilt internen Sorgen, die gewiss nicht irrelevant sind, jedoch gemessen an dem, was sich andernorts tut, überaus provinziell anmuten. Langfristige Überlegungen zur Sicherheitspolitik interessieren wohl nur noch Fachkreise im engeren Sinn und diejenigen Politiker und Beamten, die über die eigene Nasenspitze hinauszudenken in der Lage sind. Und so ganz unverständlich ist das a priori nicht einmal.

Zurzeit keine Bedrohung aus dem Osten mehr?

In der Tat, die Lage stellt sich auf den ersten Blick doch ganz anders und viel beruhigender dar als noch vor vier, fünf oder zehn Jahren. Der sowjetische Koloss, der Westeuropa seit den späten vierziger Jahren bedrohte, ist in stupendem Rhythmus in seine Bestandteile zerfallen. Dass es diese Bedrohung gab, belegen nicht nur die Rüstungsbegrenzungsverträge, die die Sowjetunion bzw. Russland seit 1987 mit den USA oder der NATO abgeschlossen hat, INF, CFE, START I

und II, bei denen die westlichen Angaben über die östliche Stärke bestätigt oder nach oben korrigiert wurden, sondern die Aktenfunde der Deutschen bei der ostdeutschen Armee (siehe insbesondere SURVIVAL, 5/91, «Offensive defence in the Warsaw Pact») des ehemaligen deutschen Staatssekretärs *Lothar Rühl*). In dem noch vor wenigen Jahren stolz eine teilweise militärische Überlegenheit über die USA anstrebenden ehemaligen sowjetischen Reich herrscht wirtschaftlicher Notstand, ringen reaktionäre und aufgeschlossenerere Kräfte um die Macht und ist man vorwiegend mit sich selber beschäftigt. Zu massiven Abstrichen an der eigenen militärischen Macht hat man Hand geboten, die wirtschaftlichen Zustände liessen einem auch keine andere Wahl.

Russland und weitere militärisch bedeutsame Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind dringend auf westliche Hilfe angewiesen und infolgedessen in manchem kooperationswillig. Kurzum: Es stimmt, dass die unmittelbare potentielle Bedrohung, wie sie vorher bestand und das sicherheitspolitische Denken Westeuropas über Jahrzehnte geformt hat, geschwunden ist. Es stimmt also, dass – sieht man von Aktionen aus Luft und All ab, die angesichts der fortgesetzten Verfügbarkeit grosser Bestände an Kampfflugzeugen und Lenkwraffen mit Atomsprengkörpern de facto jederzeit möglich bleiben – die «Vorwarnzeiten» quasi ins Ungemessene gestiegen sind – Jahre. Bloss ist das nicht die Folge einer «nachhaltigen Befriedung» Europas, wie sie schweizerische – und wohl auch andere – Sozialisten gerne beschwören, sondern die Konsequenz der – vielleicht eben vorübergehenden – Ohnmacht Russlands und weiterer Staaten im Herrschaftsbereich der ehemaligen Sowjetunion.

Problematische Folgen des unblutigen Endes der Sowjetunion

Es kann nicht darum gehen, die Aufrichtigkeit vieler Verantwortlicher etwa in Russland anzuzweifeln oder den Völkern schlimme Absichten zu unterstellen. Es geht darum, zu erkennen, dass mit dem Auseinanderbrechen der Ordnungs- und Hegemonialmacht Sowjetunion Kräfte freigesetzt worden sind, die konfliktträchtig sind, wovon das Geschehen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan nun lange genug beredt Zeug-

nis ablegt. Eurasien befindet sich durch das Verschwinden der Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt der «relations inter-étatiques» in einem völlig neuen Aggregatzustand, der die Möglichkeit friedlicher Entwicklung gewiss nicht ausschliesst, indessen grosse Gefahren gewaltsamer Entladungen in sich birgt. Die Gründe dafür? Zum erstenmal in der neueren, jedenfalls europäischen Geschichte ist ein bis an die Zähne bewaffnetes Grossreich ohne Gewalt untergegangen.

Das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hat kläglich Schiffbruch erlitten. Haben die russisch-sowjetischen Streitkräfte versagt? Das wird wohl niemand zu behaupten wagen. Entgegen dem Eindruck, den schadenfreudige Berichte westlicher Journalisten über sowjetische Garnisonstruppen in Ostdeutschland vermittelten, haben die sowjetischen Verbände im Osten Europas unter einmalig schwierigen Voraussetzungen alles in allem Disziplin bewiesen. Von Übergriffen und Exzessen ist nicht die Rede, und die Rückführung der Verbände in ihre Heimatländer erfolgte und erfolgt geordnet. *Hansrudolf Kamer* schrieb jüngst in der «Neuen Zürcher Zeitung» (13./14. Februar): «Nach einer kurzen Anfangsphase, in der die Bilder von offenen Diskussionen zwischen russischen Offizieren und Soldaten um die Welt gingen, wurde es um die innere Reform der Streitkräfte still. Die Modernisierung geht wohl weiter im technischen Bereich, doch sonst ist die Armee zu einem recht autonomen Gebilde in *Jelzins* Russland geworden. Eine wirkungsvolle zivile Kontrolle fehlt nach wie vor.»

Die Folge der ziemlich einzigartigen Umstände, die das Verschwinden der Supermacht Sowjetunion kennzeichnen – ohne Kampf, innerhalb kürzester Frist –, besteht im weiteren Vorhandensein sehr beträchtlicher militärischer Kräfte in den hauptsächlich Nachfolgestaaten, das heisst in erster Linie Russland mit nahezu 150 Millionen Einwohnern, einer riesigen, sich von Europa bis zum Pazifik erstreckenden Gebietsfläche, grossen natürlichen Ressourcen, einer, wie die Geschichte zeigt, intelligenten, wenn ihr die Gelegenheit geboten wird auch tüchtigen Bevölkerung, die karg leben und leiden kann. Die Funktionärschicht ist im wesentlichen weiterhin da und an der Macht, wenngleich wohl nur eine Minderheit den alten Methoden nachtrauert.

Russland bleibt Grossmacht

Es ist bemerkenswert, dass der START-2-Vertrag über die Atomarsenale grosser Reichweite zwischen den USA und Russland abgeschlossen wurde und dass die aus der vierzig Jahre dauernden Kraftprobe mit dem sozialistischen Lager quasi siegreich hervorgegangene Grossmacht Amerika zu gleicher Stärke beider Mächte auf diesem Gebiet Hand geboten hat.

Russland wird spätestens im Jahre 2003 über 3000 bis 3500 atomare Sprengkörper und die erforderlichen Einsatzmittel, wie landgestützte ballistische Lenkwaffen, U-Boot-Lenkwaffen und bemannte Bomber, verfügen dürfen, die die USA werden erreichen können. Die USA werden 3500 Sprengkörper haben. Im wesentlichen wurde also Parität vereinbart.

Um ermessen zu können, was das militärstrategisch und damit auch politisch bedeutet, muss man sich einiges vergegenwärtigen. Erstens, dass die Sowjetunion, nicht nur Russland, 1973, ein Jahr nach Abschluss des SALT-1-Abkommens, über 2500 Sprengkörper verfügte, die über interkontinentale Distanzen eingesetzt werden konnten. Und diese Stärke wurde damals als höchst beeindruckend bzw. bedrohlich empfunden. Zweitens, dass Russland, sofern die weiteren, auf ihrem Territorium über

Krieg könnte – im Fall des ehemaligen Jugoslawiens ist er es bereits – wieder zur realen Option dort werden, wo man mit den Problemen anders nicht fertig wird.

weitreichende Atomwaffen verfügenden ehemals sowjetischen Republiken, die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan, im Sinn des START-2-Vertrages auf ihre Potentiale auch praktisch verzichten, die einzige atomare Grossmacht im Bereich der ehemaligen Sowjetunion sein wird. Und dass Russland drittens primär wegen dieses atomaren Potentials, sodann wegen seiner nach wie vor durchaus enormen konventionellen Kräfte und endlich wegen seiner potentiellen wirtschaftlichen Macht angesichts seiner Ressourcen als mindestens formell den

USA gleichwertige Grossmacht beurteilt und respektiert wird.

Hinzuzufügen wäre eigentlich nur, dass Russland, das bereits im 17. Jahrhundert Einfluss auf der eurasischen Landmasse bis zum Pazifik ausübte, neben all den aus dem wirtschaftlichen Marasmus resultierenden Problemen auch noch zahlreiche ethnische Minderheiten zählt, die nach mehr Selbständigkeit oder gar nach Unabhängigkeit streben, was die Tendenz zu autoritärer Führung fördern dürfte. Es wäre ausserdem im Lichte der Geschichte erstaunlich, wenn diese Macht angesichts von Aufruhr und zwischenstaatlichen Konflikten in den Randgebieten, die einstmals das Zarentum erobert hatte und die vielfach bedeutende russische Minderheiten aufweisen, auf die Dauer untätig bleiben wollte und könnte und sich dem Zwang versagen könnte, ihren Einfluss – in welcher Form auch immer – auf die namentlich südlich gelegenen Gebiete wiederherzustellen. Die südlichen ehemaligen Sowjetrepubliken werden mehrheitlich von sich zum Islam bekennenden Menschen bevölkert. Vom Iran ausgehende islamische Militanz kann die Probleme, die sich ohnedies stellen, wesentlich verschärfen.

Gefährliche Kombination von Konfliktfaktoren

Die latente und potentielle Unruhe im islamischen Gürtel von Nordafrika bis zum Iran und bis Pakistan kommt hinzu. So gut wie überall – und auch in den Staaten des Südens der ehemaligen Sowjetunion – steht man vor dem explosiven Gemisch, das sich ergibt aus einer galoppierenden demographischen Entwicklung, also einem hohen Anteil der jungen und jüngeren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung, ineffizienter Verwaltung, wirtschaftlich-technischer Rückständigkeit, in folgedessen Arbeitslosigkeit, und politisch und/oder religiöser Radikalisierung. Die meisten dieser Staaten verfügen aber nicht über Kamelreiterarmeen, wie seinerzeit, sondern über modernes Kriegsmaterial, das der Westen oder die Sowjetunion geliefert hat. Es ist kein Zufall, dass die ernstesten, mit modernen Mitteln und nach modernen Methoden geführten Kriege seit 1945 – abgesehen vom Koreakrieg und vom Vietnamkrieg – im Mittleren und Nahen Osten und in der Golfregion ausgetragen wurden. Es empfiehlt sich, sich die Erkenntnis des französischen Soziologen *Gaston Bou-*

thoul vor Augen zu halten, wonach der Krieg – «une lutte sanglante et armée entre groupes organisés» – insbesondere eine Folge hat: une relaxation démographique, eine bevölkerungsmässige «Entspannung». An ideologischen Rechtfertigungsgründen fehlt es nie, mögen sie religiöser, ethnisch-nationalistischer oder politischer Natur sein.

Der neue Aggregatzustand der zwischenstaatlichen Beziehungen im eurasischen Raum sollte Anlass zu einer gründlichen Abkehr von den im Verlauf von 45 oder 40 Jahren Konfrontation zwischen der Sowjetmacht und den westlichen Demokratien entstandenen Vorstellungen, Massstäben und Regeln sein. Früher hatte man Grund zu Furcht vor dem ganz grossen, plötzlich ausgelösten Krieg gegen und in Europa, dessen Wahrscheinlichkeit wegen der atomaren Abschreckung sehr klein war. Fortan hat man Anlass zu Sorge über das Schweben und allfällige offene Ausbrechen zahlreicher Konflikte vom Balkan bis weit in die ehemalige Sowjetunion hinein. Für diese Auseinandersetzungen gibt es zahllose Gründe, und

die militärischen Mittel, sie auszutragen, stehen in Mengen zur Verfügung. Gemildert werden die Gefahren, die sich aus dem Prozess der Neuordnung im eurasischen Raum ergeben, durch die sozusagen erzieherische Wirkung von 40 Jahren atomarer Abschreckung in Europa: man hatte gelernt, dass Krieg in Europa eine äusserst gefährliche Angelegenheit sei. Doch wird diese «inhibition» immer schwächer, je mehr und je länger lokalisierte

Angemessene militärische Bereitschaft ist geboten. Was angemessen in fünf oder zehn Jahren heissen wird, kann niemand prognostizieren.

Konflikte ungestraft ausgetragen werden können. Krieg könnte – im Fall des ehemaligen Jugoslawien ist er es bereits – wieder zur realen Option dort werden, wo man mit den Problemen anders nicht fertig wird.

Anders gesagt, die Perspektiven sind sehr viel besorgniserregender, als man sich gemeinhin Rechenschaft gibt. Angemessene militärische Bereitschaft ist geboten. Was angemessen in fünf oder zehn Jahren heissen wird, kann niemand prognostizieren. Das muss das Schweizervolk veranlassen, den Parlamentsbeschluss betreffend die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge durch ein klares Nein zur Flugzeugverhinderungsinitiative der Radikalpazifisten und Linken zu bestätigen. ■

Am 6. Juni 1993

**2 x Nein
zur Armee-Abschaffung
in Raten**



Sicherheit in jeder Situation.

Im harten Einsatz getestet.

Zukunftsweisend und umweltgerecht.

DURO

BUCHER-GUYER AG Telefon 01 857 22 11
CH-8166 Niederweningen Telefax 01 857 22 49

BUCHER